

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/83

3. Mai 1976

Sozialer Wohnungsbau bleibt Daueraufgabe

Unsere Gesellschaft kann auf eine aktive Wohnungspolitik nicht verzichten

Von Karl Ravens MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 1 und 2 / 100 Zeilen

Provokation gegen den Frieden

Die Militärdemonstration zum 1. Mai in Ostberlin

Seite 3 / 44 Zeilen

Politische Werte nur als Werbealogens

Anmerkungen zum Entwurf eines Grundgesetzprogramms der CDU

Seite 4 / 38 Zeilen

Bayern: Knute gegen Sozialdemokraten

Über den skandalösen Umgang der CSU-Regierung mit dem Radikalenerlaß

Von Uwe Lembinus MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages und Mitglied des Vorstandes des SPD-Landesverbandes Bayern

Seite 5 und 6 / 94 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Ehardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 37 60 37 - 38
Telex: 06 88 648 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Sozialer Wohnungsbau bleibt Daueraufgabe

Unsere Gesellschaft kann auf eine aktive Wohnungspolitik nicht verzichten

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Rekordziffern der Wohnungsbautätigkeit in den vergangenen Jahren, ein inzwischen weitgehend erreichter rechnerischer Ausgleich zwischen Wohnungen und Haushalten sowie die relativ stabile Nachfrage nach neuem Wohnungseigentum könnten dazu verführen, den Fragen der Wohnungspolitik nicht mehr genügend Beachtung zu schenken. Dies wäre eine verhängnisvolle Fehleinschätzung. Die Beseitigung der allgemeinen Wohnungsnot in unserem Lande bedeutet keineswegs, daß nun "auf einen Schlag" auch alle Probleme der Wohnungsversorgung gelöst sind und man sich damit anderen Themen zuwenden kann.

Eine solche Einstellung - so verlockend sich auch in der gegenwärtigen Konsolidierungsphase für den einen oder anderen Verantwortlichen auf Landes- oder Bundesebene sein mag - würde mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zu Fehlentscheidungen führen, deren Konsequenzen später nur mit unverhältnismäßig hohem Kostenaufwand und Reibungsverlusten in der Wirtschaft zu korrigieren sind.

Wenn wir das Erreichte bewahren, gleichzeitig aber die Wohnungsversorgung in unserem Lande weiter verbessern wollen, dann werden wir nicht einseitig auf den freien Markt oder auf die Förderung des Eigenheimbaues oder die Modernisierung des Wohnungsbestandes setzen und auf den sozialen Wohnungsbau verzichten können. Notwendig ist vielmehr ein Zusammenspiel von freiem und sozialem Wohnungsbau mit einer gezielten Bestandspflege- und -verbesserung, wie es sich in den vergangenen Jahren im Grundsatz bewährt hat. Dabei wird die staatliche Wohnungspolitik auch zukünftig auf mehreren Ebenen ansetzen müssen. Dies gilt sowohl für die Bestandspolitik als auch für die Eigentumsförderung, die Wohngeldförderung und auch die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus.

Wenn wir dem Anspruch einer sozialen Wohnungspolitik genügen wollen, werden wir auch in Zukunft - trotz aller Freisetzungseffekte im Sozialwohnungs- und Altwohnungsbestand im Gefolge eigentumsfördernder Maßnahmen - auf den Bau von Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus nicht verzichten können.

Zur Verbesserung der Wohnsituation alter Menschen brauchen wir dringend mehr preiswerte altersgerechte Wohnungen. Aber auch für die in den nächsten Jahren bei sinkenden Fertigstellungen von Mietwohnungsbauten zahlenmäßig zunehmenden jungen Familien werden wir in bestimmten Städten Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus schaffen müssen. Dabei stellt sich in zunehmender Schärfe das Problem des "Wie" der Förderung im traditionellen sozialen Wohnungsbau. Ich stelle mir ein abgestuftes System vor, das eine objektbezogene Sockelförderung mit einer maßvollen degressiven Förderung verbindet und im Einzelfall durch individuelle Wohngeldleistungen ergänzt wird. Dies ist im Prinzip unser bisheriges Förderungssystem. Es bedarf nur in den Relationen zwischen den drei Arten der Förderung einer besseren Abstimmung auf die zu erwartende Einkommens- und Kostenentwicklung.

Völlig falsch wäre es, angesichts momentaner Vermietungsprobleme bei extrem teuren Sozialwohnungen auf einen völligen Verzicht auf degressive Förderungsformen hinauszuhopfen. Damit würde man mit Sicherheit zukünftige Fehlsubventionierungen vorprogrammieren. Ein subventionstechnisch bedingter Mietanstieg von zwei bis drei vH jährlich bei den neuen Sozialwohnungen wird sicher zu verkräften sein.

Ein Sonderproblem bleibt vorerst die in den einzelnen Ländern zu beobachtende kritische Mietentwicklung im neueren Sozialwohnungsbestand.

Es berührt zwar nur einen kleinen Teil des im Schnitt nach wie vor preisgünstigen Sozialwohnungsbestandes; es hat aber da und dort - nicht immer zu Recht - den sozialen Wohnungsbau überhaupt in Verruf gebracht. Hier gibt es nur die Lösung, einerseits in den Extremfällen einer starken Überschreitung der derzeitigen Mietobergrenzen des sozialen Wohnungsbaus länderweise oder fallbezogen nach Möglichkeiten einer Mietsenkung zu suchen, andererseits das Wohngeld, so zu verbessern, daß subjektive Härten im Regelfall mit Hilfe des Wohngeldes behoben werden können.

Für objektbezogene Nachsubventionierungen liegt die Zuständigkeit und Verantwortung bei den Ländern, die seinerzeit das Ausmaß der Förderung und der Förderungsdegression bestimmt haben. An der notwendigen Verbesserung des Wohngeldes wird gearbeitet. Infolge des allseitigen Verzichtes auf ausgabenerhöhende Gesetze in dieser Legislaturperiode kann eine Änderung in diesem Jahr nicht mehr in Kraft gesetzt werden. Wir müssen diese Änderung allerdings vorbereiten, um sie unmittelbar zu Beginn der nächsten Legislaturperiode in die parlamentarische Behandlung einbringen zu können. Ich habe es deshalb sehr begrüßt, daß der zuständige Bundestagsausschuß einen Entschließungsantrag gefaßt hat, der die Bundesregierung ausdrücklich dazu auffordert, eine Wohngeldnovelle zeitgerecht vorzubereiten.

Dabei geht es um eine Erhöhung der Miethöchstbeträge, eine Erhöhung der Einkommensgrenzen, eine Anpassung der Wohngeldtabellen und die Beseitigung der bisherigen Benachteiligung der Erwerbstätigen gegenüber den Rentnern.

Bei allen Lösungsversuchen für die Förderungsprobleme im sozialen Wohnungsbau muß deutlich gemacht werden: Eine Rückkehr zur reinen Kapitalsubventionierung wird es weder im Wohnungsbestand noch im Neubau geben können. Sie würde nicht nur an den finanziellen Möglichkeiten scheitern, sondern auch zu neuen Fehlsubventionen führen.

Wir werden unsere Förderpolitik auch künftig flexibel handhaben müssen. Oberstes Ziel bleibt die Verbesserung der Wohnungsversorgung bei denjenigen, die bisher zu kurz gekommen sind. Das sind vor allem ältere Menschen, Behinderte, kinderreiche Familien, junge Familien und auch ausländische Arbeitnehmer mit ihren Familien. Ihnen wird durch eine möglichst optimale Nutzung des Sozialwohnungsbestandes, eine gezielte Verbesserung des modernisierungsbedürftigen und modernisierungswürdigen Mietwohnungsbestandes, eine mit Freisetzungseffekten verbundene Förderung von Eigentumsmaßnahmen und eine gezielte Ausweitung des Bestandes relativ preiswerter Sozialwohnungen durch Neubau von Miet- und Wohnbesitzwohnungen geholfen werden müssen.

Eine verbessertes Wohngeld muß bei alledem ein angemessenes Wohnen wirtschaftlich absichern. Ohne solche gezielten Korrekturen des marktwirtschaftlichen Prozesses würde es in absehbarer Zeit zu einer Vergrößerung von Versorgungsunterschieden kommen. Dies würde nicht nur zu essentiellen Forderungen der Gesellschaftspolitik in Widerspruch stehen, sondern auch neue soziale Spannungen erzeugen.

Eine aktive Wohnungspolitik bleibt daher auch in Zukunft unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaftspolitik. Allerdings wird sich die Wohnungspolitik am finanziell Möglichen zu orientieren haben. Daß es hier Restriktionen gibt, können wir nicht einfach übersehen.

Es wird indessen Aufgabe der Wohnungspolitik des Bundes bleiben, in Zusammenarbeit mit den Ländern dafür zu sorgen, daß die Wohnungspolitik trotz aller Restriktionen den erforderlichen Stellenwert behält.

(-/3.5.1976/va/ex/pr)

+ + +

Provokation gegen den Frieden

Die Militärdemonstration zum 1. Mai in Ostberlin

Der 1. Mai ist von seiner Geschichte und von seiner Bestimmung her ein Kampftag für die Menschenrechte jener Bewohner dieser Erde, denen sie, in welchem Grad auch immer, verenthalten werden. Alle diese Menschenrechte aber, die in vielen Jahrzehnten bereits erkämpft wurden und vielleicht in Jahrzehnten noch erkämpft werden müssen, können nur Bestand haben, und denen, für die sie erstritten wurden, lediglich von Nutz und Frommen sein, wenn Frieden herrscht. Daher muß man diesen Frieden stärken und absichern, und man darf ihn nicht gefährden.

Seit es den Völkern Europas gelungen ist, sich aus den materiellen und geistigen Trümmern des Zweiten Weltkrieges wieder herauszuarbeiten, hoffen die Millionen dieses Erdteils mit der ganzen Inbrunst ihrer Herzen, daß der Friede erhalten bleibe, damit sie und ihre Kinder gesichert leben und ihr Leben lebenswerter gestalten können. Diese Aufgabe und diesem Ziel haben die Parteien und die von ihnen gebildeten Regierungen zu dienen: In vielerlei Weise, durch Abbau der Spannungen, durch Verträge, durch Kooperation und auch durch Streitkräfte, um das Gleichgewicht herzustellen und zu erhalten, das in seiner Ausgewogenheit den Frieden garantiert, der von dem Vertrauen abhängig ist, das sich, so hoffen die Menschen gerade am 1. Mai, allmählich immer mehr verstärkt und damit den Frieden fördert.

Vertrauen ist eine zarte und empfindliche Pflanze. Damit sie wachsen und gedeihen kann, sind die Völker Europas, der USA und Kanadas nach Helsinki gegangen, um in einem Vertrag besonderer Art, der nur durch Vertrauen existieren und wirken kann, eben diesem Vertrauen zu dienen und ihm Leben einzuhauchen. Wer am 1. Mai Soldaten marschieren und Panzer und Raketen dröhnen läßt, der nützt diesem Lebens- und friedenserhaltenden Vertrauen nichts, er gefährdet es und er schadet ihm. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob das Regime, das am 1. Mai 1976 als einziges in Europa mit Soldaten und Waffen auftrumpfte, sich auf die Zustimmung oder gar Weisung aus Moskau berufen will. Es gilt allein, daß die sich als souverän deklarierende SED-Regierung, noch dazu unter erneutem Bruch des entmilitarisierten Status von ganz Berlin, am 1. Mai dem ganzen übrigen Europa und den anderen Staaten und Völkern zeigte, daß es doch wieder die Deutschen, wenn auch die im kommunistischen Deutschland, sind, die es für richtig halten, am internationalen Tag des Menschenrechtsfriedens, mit Soldaten, Panzern und Raketen den Frieden und die Entspannung provozieren zu müssen und zu können.

Als das Klirren der Panzerketten vor dem Ostberliner "Palast des Volkes" gerade erst verklungen war, aber immer noch in den Ohren der Menschen in der Bundesrepublik und den europäischen Nachbarstaaten dröhnte, sprach der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch ausgerechnet von einer "friedlichen Koexistenz". Und fast gleichzeitig jagten Grenzsoldaten der Nationalen Volksarmee 150 scharfe Schüsse auf einen Deutschen, der, wenn auch in unverantwortlichem Leichtsinne, einen Toteschußautomaten abmontieren wollte. Als ob das auch nun ein diskutierbarer Grund sein dürfte, um einen Menschen wie einen räudigen Hund einfach abzuschließen.

Das Vertrauen wird viel Stärkung brauchen bis es diesen militaristischen 1. Mai in Ostberlin und die 150 scharfen Schüsse von Deutschen der DDR auf einen Deutschen der Bundesrepublik überwunden haben wird, um wieder den Frieden dienen zu können, für den doch eigentlich alle Menschen in ganz Europa und in der übrigen Welt demonstrieren und kämpfen wollen. Zu diesen allen sollten eigentlich auch die Machthaber in der DDR gehören. (s/3.5.1976/va/ex)

Politische Werte nur als Werbeslogans

Anmerkungen zum Entwurf eines Grundsatzprogramms der CDU

Nicht auf leichte Weise kommen demokratische Parteien zu ihren Grundsatzprogrammen. Diese Manifeste gehen aus dem Ringen der Parteien mit den Strömungen der Zeit und mit sich selbst hervor. Das ist jedenfalls der natürliche politische Lauf, der als organischer Prozeß nicht verkürzt und nicht bequemer gestaltet werden kann. Anders verhält es sich dagegen dann, wenn das "Programm" nicht als Ausdruck politischer Entschlossenheit zustande kommt, die vielfältigen gesellschaftlichen Probleme zu regeln, sondern nach Art und Weise von Werbetexten entworfen wird. Der Werbeslogan hat ja nicht wirklich etwas mit dem Produkt zu tun, dem er in semantischer Maßarbeit angepasst wird, sondern er soll es nur "verkaufen".

Wie Werbetexter sind die 15 Mitglieder der "Grundsatzprogramm-Kommission" der CDU vorgegangen, die nun ihren 62 Seiten umfassenden Entwurf der Öffentlichkeit vorlegten. Der Vorsitzende der Kommission, Dr. Richard von Weizsäcker, führte bei der Präsentation aus: "Wir halten es für einen Irrweg, wenn eine Partei politische Grundwerte mit ihrem Parteinamen versieht". Zu dieser Erklärung hatte er einigen Grund. Sind es doch schließlich die Grundwerte des Godesberger Programmes der SPD - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität -, die er als Schwerpunkte des Programm-Entwurfes seiner Kommission (dort werden sie in der Reihenfolge Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit aufgezählt) bezeichnete.

In der Tat erbringt von dem, was nun wohl Grundsatzprogramm der CDU werden wird, nur das dem Godesberger Programm Entnommene etwas Gewicht; darüber hinaus finden sich nur unverbindliche Allgemeinplätze. Es würde jedoch schon reichen, wenn die bei der SPD aufgenommenen Anleihen für die CDU verpflichtenden Charakter hätten. Davon kann allerdings keine Rede sein. Indessen ist dieser ungenierte Griff nach den Grundwerten der Sozialdemokratie exemplarisch für das Geschäftsgebahren der Union.

Die konservative Partei, deren permanenter Auftrag die hierarchisch "formierte" Gesellschaft ist, bedient sich der Werte des Sozialen und Liberalen nur als Werbespots. Einen anderen Zweck hat ihr "Grundsatzprogramm" nicht. Es wird ihre politische Praxis nicht im geringsten beeinflussen. Manches mutet an diesem Etikettenschwindel schon makaber an. So heißt es im Programm-Entwurf jener CDU, die mit der skandalösen Pseudoalternative "Freiheit oder Sozialismus" in den Bundestagswahlkampf zieht: "Der Rechtsstaat ermöglicht, der Sozialstaat verwirklicht Freiheit".

Dieser rein instrumentale Gebrauch prinzipieller Werte, der sich ja auch im Umgang der Union mit dem Begriff "christlich" ausdrückt, kennzeichnet das Wesen dieser Partei. Er ist es vor allem, der sie so unberechenbar macht. Als ein Faktor der Sicherheit und Verlässlichkeit kommt sie mit einer solchen Haltung jedenfalls nicht in Betracht.

Claus Freller
(-/3.5.76/ve/ex/pr)

+ + +

Bayern: Knute gegen Sozialdemokraten

Über den skandalösen Umgang der CSU-Regierung mit dem Radikalenerlaß

Von Uwe Lambinus MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des

Bundestages und Mitglied des Vorstandes des SPD-Landesverbandes Bayern

Immer unverhohlener mißbraucht die bayerische CSU-Staatsregierung den sogenannten Radikalenerlaß als Knute gegen Sozialdemokraten, die sich um Aufnahme in den öffentlichen Dienst bewerben. Spätestens seit den aufsehen-erregenden "Fällen" der Assessorin Charlotte Nieß und des Erlanger Lehr-
emtsanwärter Erich Kretzer - die Personenreihe ist mittlerweile leider be-
liebiger fortsetzbar - müssen das auch jene einsehen, die es bislang nicht
wahrhaben wollten.

Immer deutlicher wird die Strategie der CSU, durch Ablehnung der Über-
nahme von Sozialdemokraten in den öffentlichen Dienst die gesamte SPD mit
einem "inneren Feind" zu identifizieren und zu diffamieren und sich selbst
als Hüter von Recht und Ordnung aufzuspielen. Das paßt schließlich gut zu
den Sonthofener Rezepten des CSU-Chefs Strauß und spannt auch den Bogen
zur "politischen Alternative" der Union: "Freiheit oder Sozialismus". Un-
schwer ist hier auch zu unterstellen, daß langfristig angestrebt wird, neben
der schwarz eingefärbten Ministerialbürokratie den öffentlichen Dienst in
allen seinen Bereichen mit rückgratlosen Opportunisten zu besetzen.

Die Bedenkenlosigkeit, mit der die bayerische Staatsregierung durch
ihre Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst unsere rechtsstaatliche
Ordnung verletzt und die freiheitliche demokratische Grundordnung gefährdet,
muß mit allen verfügbaren politisch-rechtsstaatlichen Mitteln angeprangert
und bekämpft werden. Der Hinweis auf die Gerichte kann kein ausreichendes
Argument mehr sein, denn die Gerichte sind auf eine "Willkürkontrolle" be-
schränkt. Man darf sich nicht damit abfinden, daß die Gerichte in zunehmen-
dem Maße angerufen werden müssen, um heranwachsende Menschen vor Willkür
und intoleranten Beamten zu schützen.

Der "Fall Kretzer" offenbarte erneut in erschütterndem Ausmaß, wie be-
denkenlos von CSU-Staatministerien mit Schicksalen junger Menschen umge-
gangen wird. Als ausschließlicher Grund der Ablehnung Kretzers wurde vom
Kultusministerium dessen Kandidatur zum Studentenparlament der Universität
Erlangen-Nürnberg auf der Liste des SFB angegeben. Erstmals wurde hier auch
ein vom Berufsverbot Bedrohter seitens des bayerischen Kultusministeriums
ausdrücklich nach "seinen heutigen politischen Anschauungen befragt" und be-
kam diese Befragung auch noch emtlich bestätigt. Gesinnungsschnüffelei ist
wohl schmeichelhaft für dieses Verfahren.

Der "Fall Kretzer" zeigte, wie notwendig eine wache Sozialdemokratie
ist, um den Rechtsstaat vor jenen zu schützen, die unter dem Vorwand der
inneren Sicherheit die rechtsstaatliche Ordnung mit Füßen treten und so die
innere Sicherheit bedenkenlos gefährden.

Der "Fall Kretzer" ist aber auch ein Beispiel der Solidarität: In einem
Protestschreiben an den bayerischen Kultusminister betonten der Erlanger
SPD-Bundestagsabgeordnete, PStS Dr. Dieter Haack, der Erlanger SPD-MdL Karl-
Heinz Hiersemann, der Erlanger Oberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg, das
Einstellungsgespräch habe keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Kretzer
"irgendeine verfassungsfeindliche Handlung oder auch nur die Absicht dazu

nachgewiesen werden kann". Der Bezirksparteitag der fränkischen SPD forderte einstimmig die sofortige Zulassung Kretzers zur weiteren Ausbildung. Die Kreisvorsitzenden der Erlanger SPD, FDP, GEW riefen zu einer Unterschriftenaktion auf. Der Stellvertretende Vorsitzende des parlamentarischer Sicherheitsausschusses im bayerischen Landtag, der Nürnberger SPD-Landtagsabgeordnete Alfred Sommer, bezeichnete das Vorgehen des Kultusministeriums als "rechtsstaatlich nicht haltbar und dem Ansehen unseres Staates nicht würdig". Auf ein von der Erlanger SPD eingerichtetes Spendenkonto gingen innerhalb weniger Tage ca. 2000 Mark ein, denn Kretzer (seit 1972 aktives Mitglied der Erlanger SPD) ist verheiratet und hat ein Kleinkind - die Ablehnung gefährdete die wirtschaftliche Existenz der Familie.

Nach den massiven Protesten stellte das Kultusministerium eine erneute Überprüfung in Aussicht. Schneller als das Ministerium reagierte das Verwaltungsgericht Ansbach. Er ordnete an, daß der Freistaat Bayern den Lehramtsanwärter Kretzer bis zur Beendigung des Hauptverfahrens zum Vorbereitungsdienst einzustellen hat. In der Begründung stellte das Gericht fest, das Kultusministerium habe im Fall des Lehramtsanwärters Kretzer den beamteten- und verfassungsrechtlichen Rahmen, in dem es sich frei bewegen kann, verkannt. Die Verhaltensweise Kretzers rechtfertige nicht die im Ablehnungsbescheid vom Kultusministerium geäußerten Zweifel an der Verfassungstreue Kretzers. Ich meine, das Gericht hat sich zwar rücksichtsvoll, doch deutlich über die gräßliche Mißachtung rechtsstaatlicher Kriterien durch das Kultusministerium ausgedrückt.

Wie fürsorglich zuweilen CSU-Politiker bzw. Mitglieder der CSU-Staatsregierung gegenüber Beamten sein können, demonstrierte der bayerische Justizminister Hillermeier im Verhalten gegenüber dem 58jährigen Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht in München, Karl Günter Stempel. Richter Stempel hatte der rechtsextremen Zeitschrift "Mut" ein Glückwunschtelegramm zum zehnjährigen Bestehen übersandt. "Mut"-Herausgeber Bernhard Wintzek war Initiator der "Aktion Widerstand". Stempel ist über seine "Rechtspflege" hinaus bekannt geworden als Präsident des "Kulturwerkes europäischen Geistes" und als Vorsitzender der "Deutschen Akademie für Bildung und Kultur". Beide Organisationen werden vom Bundesinnenministerium als rechtsextrem-nazistische Nachfolgeorganisationen bezeichnet.

Während Justizminister Hillermeier beispielsweise gegen Charlotte Nieß "hart wie Stahl" vorging, verhielt er sich gegenüber Stempel wachweich. Auf eine parlamentarische Anfrage von Landtagsabgeordneten teilte er mit, es müsse zunächst geprüft werden, welche Erkenntnisse dem Innenministerium über den Verleger Wintzek und sein Blatt vorlägen, "insbesondere, welche Beziehungen zur 'Aktion Widerstand' oder zu anderen rechtsextremen Organisationen bestehen." Außerdem müsse vor der möglichen Einleitung von Disziplinarmaßnahmen gegen Stempel geprüft werden, ob er von solchen Zusammenhängen gewußt habe. Man darf gespannt sein auf das Wissen von Zusammenhängen und das Erinnerungsvermögen des Richters Stempel.

Man sagt, der Fantasie seien keine Grenzen gesetzt. Ist es aber vorstellbar, daß ein Justizminister von solchen Zusammenhängen nichts weiß, die rechtsextrem-nazistischen Umtriebe eines seiner höchsten Richter nicht kennt? Um mir das vorstellen zu können, dazu fehlt mir allerdings die Fantasie. Ich befürchte eher Willkür. Deshalb die politische Alternative: Demokratischer Sozialismus oder Willkürherrschaft der CSU! (-/3.5.1976/ve/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller